

Dr. Volker Külow:

Referat auf der 1. Tagung des 4. Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig am 22. März 2014

Liebe Genossinnen und Genossen, werte Gäste,

aus gegebenem Anlass beginne ich heute mein Referat mit dem Thema, das uns alle in den letzten Wochen am meisten beschäftigt hat und wohl auch weiterhin beschäftigen wird: der vom Westen forcierte politische Machtwechsel in der Ukraine und der anschließende Konflikt um die Krim, die nach dem Referendum vom letzten Sonntag wieder zu Russland gehört. Natürlich ist hier und jetzt nicht Zeit und Ort, auf die sehr vielfältigen Aspekte des Themas und dessen historischen Wurzeln ausführlich einzugehen. Vieles müsste man vor allem zur extremen Verlogenheit und Doppelzüngigkeit der neuen deutschen Großmachtpolitik, unlängst unter dem Deckmantel der „größeren Verantwortung“ unisono ausgerufen von Gauck, Steinmeier und von der Leyen und unterstützt von einem widerlichen Menschenrechtsimperialismus der Grünen, sagen. Ein früherer Chefredakteur der Wirtschaftszeitung "Handelsblatt" warf dieser Tage der Berliner Außenpolitik ausdrücklich einen "neuen Wilhelminismus" vor. Ganz wie im späten deutschen Kaiserreich werde das Machtstreben öffentlich in einer Weise begleitet, die "auftrumpfend und abkanzeln" zugleich sei. Zuverlässig begleiten die deutschen Medien diese germanische Herrschaftsattitüde. Die russophobe Einseitigkeit nahezu aller Zeitungen und Fernsehkanäle ist grotesk, manche Artikel lesen sich schon fast wie einst die Wehrmachtsberichte. Sie sind aber auch genauso verlässlich. Alles

was gegen Russland geht, passt ins Bild. Hitler-Putin-Vergleiche haben Hochkonjunktur; aber wie sagte es doch der Satiriker Max Uthoff in der genialen ZDF-Sendung „Die Anstalt“ am 11. März so schön: Nicht alles was hinkt, ist Joseph Goebbels.

Was bei diesem Thema politisch nicht in das herrschende Meinungsbild passt, wird wegmanipuliert oder zumindest kleingeredet. Wer sich eine Neonazipartei wie die NPD von Staats wegen hält, wer den NSU im eigenen Land mit kräftiger Nachhilfe aller einschlägigen Sicherheitsbehörden mehr als ein Jahrzehnt morden lässt, der hat nur ein Problem mit Faschisten in einer ukrainischen Marionettenregierung an westlichen Strippen: die dürfen nicht erwähnt werden, sind schlimmstenfalls eine „Randerscheinung“, haben mit der angeblichen Revolution in Kiew nichts zu tun.

Nun hat Putin letzten Sonntag auf der Krim Tatsachen geschaffen und in seiner Rede am Dienstag die rote Linie Russlands gegenüber dem Westen aufgezeigt. Dieser Auftritt hatte großes staatsmännisches Format und war eine geradlinige Fortschreibung der Putin-Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz von 2007. Er verwies völlig zu Recht auf die bodenlose Heuchelei des Westens, der nach der massiven Osterweiterung der NATO nun die geostrategische Auseinandersetzung um den Schwarzmeerraum begonnen hat, um damit die Einkreisung Russlands zu forcieren.

DIE LINKE hat in den letzten Wochen bei vielen Gelegenheiten ihre politischen Grundsatzpositionen deutlich gemacht, zuletzt Gregor Gysi am Donnerstag in seiner Bundestagsrede, die er in wesentlichen Zügen noch am gleichen Abend auch beim Neujahrsempfang der Landtagsfraktion in Dresden vortrug. Ich kann aus Zeitgründen nur auf einige Aspekte dieser Rede eingehen, die auf der Bundestagseite der Fraktion selbstverständlich nachzulesen und nachzuhören ist. Weitere Sanktionen durch die EU, die USA und durch die NATO sind aus Sicht der LINKEN die denkbar schädlichsten Antworten auf das Abstimmungsergebnis auf der Krim. Ebenso gefährlich ist das gestern in Teilen abgeschlossene Assoziierungsabkommen der EU mit einer Regierung, die verfassungsrechtlich nicht legitimiert ist und der faschistische Minister angehören. Europa darf nicht erneut gespalten und in einen neuen Kalten Krieg getrieben werden. Das Krim-Referendum entspricht wie das damalige Referendum zum Kosovo nicht dem Völkerrecht. Trotzdem muss das Ergebnis ernst genommen werden. Sinnvoll wäre eine neue Ostpolitik der Bundesregierung und der EU sowie eine neue Westpolitik Russlands.

Die ukrainische De-facto-Regierung und die EU sind aufgefordert, zum Abkommen vom 21. Februar 2014 zurückzukehren und alle ethnischen Gruppen der Ukraine in einer neuen Regierung zu berücksichtigen. Die russische Bevölkerung der Ukraine darf nicht ausgeschlossen werden. Das Verhältnis Ost- und West-Ukraine muss neu und demokratisch geordnet werden. Für die im Mai angesetzten Parlamentswahlen in der Ukraine sind internationale Beobachter

einzuladen. Faschistische Organisationen und bewaffnete Formationen sind zu verbieten und aufzulösen. Waffen müssen mit internationaler Hilfe eingezogen und das staatliche Gewaltmonopol in einem demokratischen Staat wieder hergestellt werden. Alle Gewaltakte im Zusammenhang mit den Maidan-Protesten sind unverzüglich aufzuklären.

Liebe Genossinnen und Genossen,

würde sich die Bundesregierung mit der gleichen Intensität, wie sie ihre ukrainischen Vasallen Klitschko und Timotschenko betreut, um die deutsche Innenpolitik kümmern, wäre die Lage im Lande wesentlich erfreulicher. Doch der Start der GroKo ist nicht nur wegen der außenpolitischen Pärmissen des Merkel-Kabinetts oder des Falls Edathy gründlich in die Hose gegangen. Auch die Causa Hoeneß zeigt trotz der roten Karte für eine Zeitraum von dreieinhalb Jahren - Stichwort Selbstanzeige für Steuerbetrüger - wie reichenfreundlich die bundesdeutsche Gesetzgebung immer noch ist. Auch bei anderen Themenfeldern wird die herrschende Gerechtigkeitslücke zwischen oben und unten sowie zwischen Ost und West keinesfalls verringert. Viele Wohltaten entpuppen sich beim näheren Hinsehen als eine Mogelpackung. Gerade bei der Rente ist Schönfärberei an der Tagesordnung. Mit ihr wird die Konzeptionslosigkeit im Kampf gegen Altersarmut vernebelt. Dietmar Pellmann hat gestern in einer Pressemitteilung darauf aufmerksam gemacht, das seit dem Jahr 2000 das Rentenniveau, bemessen am Verhältnis von Durchschnittsrente und durchschnittlichem Bruttolohn, von ursprünglich 53 auf aktuell 47,9 Prozent

verringert hat. Bleibt es bei der gegenwärtigen Rentenpolitik, so sinkt das Rentenniveau bis zum Jahr 2030 auf 43,7 Prozent. Der Weg in zunehmende Altersarmut ist geradezu vorprogrammiert.

Die Rente ab 63 ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Viele Menschen wissen aber überhaupt nicht, dass sie nach dem vorliegenden Gesetzentwurf nur für anderthalb Jahrgänge vorgesehen ist, nämlich für die Menschen, die 1952 geboren sind, sowie für die Menschen, die ab Juli 1951 geboren sind. Für alle anderen Menschen gilt die Rente ab 63 nicht. Insgesamt profitieren viel zu wenig Menschen davon. Nach den Aussagen der Bundesregierung sind es nur 50.000 zusätzlich. Das reicht nicht. Auch bei der Mütterrente gibt es Merkwürdigkeiten. Derzeit kriegt eine Frau, die ein Kind vor 1992 geboren hat, für dieses Kind im Westen 28,14 Euro und im Osten 25,74 Euro auf dem Rentenkonto gutgeschrieben. 25 Jahre nach dem Fall der Mauer sind Kinder auf dem Rentenkonto in Ost und West unterschiedlich viel wert. Das ist absolut nicht akzeptabel. DIE LINKE will den vollen Satz für alle Kinder, egal ob sie in Köln oder in Leipzig geboren worden sind. Die Mütterrente muss außerdem aus Steuermitteln finanziert werden. Dabei handelt es sich nämlich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und diese darf nicht allein den Beitragszahlerinnen und Beitragszahler übergeholfen werden.

DIE LINKE legt als Oppositionsführerin im Deutschen Bundestag bei all diesen Themen konsequent den Finger in die Wunde. Und das derzeit auch in einer

Geschlossenheit, die bemerkenswert und natürlich erfreulich ist. Dieses Aufeinanderzugehen der verschiedenen Flügel in der Bundestagsfraktion, die ja nur die verschiedenen Parteiströmungen widerspiegeln, wird nicht zuletzt durch das gemeinsame Strategiepapier von Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch symbolisiert, das dieser Tage unter der Überschrift „Wir sind DIE Opposition“ veröffentlicht wurde.

Liebe Genossinnen und Genossen,

damit möchte ich zur politischen Situation in Sachsen aus Sicht der LINKEN kommen. Am letzten Samstag wurde auf dem 11. Landesparteitag unserer Partei unter dem Motto „Besser leben in Sachsen“ das Landtagswahlprogramm einstimmig verabschiedet. Drei Leitgedanken – soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt – ziehen sich durch den ganzen Text, auf den ich jetzt aus Zeitgründen nicht genauer eingehen will. Vor der Antragsdebatte zum Wahlprogramm hatten am letzten Samstag Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender und designierter Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Thüringen, Klaus Lederer, Berliner Landesvorsitzender, und Katja Kipping, Parteivorsitzende der LINKEN, die Delegierten auf die bevorstehenden Wahlgänge eingestimmt. Da ich finde, dass diese Orientierung auch für Leipzig von Interesse ist, möchte ich drei Schlüsselaussagen zitieren. Die Parteivorsitzende Katja Kipping stellte noch mal die Position der LINKEN für die kommenden Europawahlen klar: „Wir haben in Hamburg eine wichtige

Entscheidung getroffen: für uns kommt der Rückzug ins Nationale nicht in Frage.“

Klaus Lederer verwies auf die bundesweite Bedeutung der bevorstehenden Landtagswahlen: „Das, was in Sachsen im August passiert, was in Thüringen und Brandenburg passiert, wird bundesweit von Bedeutung sein.“ Und weiter: „Wir müssen das politische Koordinatensystem nach links verschieben!“

Bodo Ramelow zeigte die ähnlichen Herausforderungen auf, vor der DIE LINKE in Sachsen und Thüringen gemeinsam stehen. Im Hinblick auf die zunehmende Aufgabenübertragung an die Kommunen forderte er: „Wer will, dass die Kommunen Aufgaben übernehmen, der muss die Kommunen auch ausfinanzieren!“. Das gilt im Übrigen auch für Leipzig, das bekanntlich bei der Zuteilung der Mittel seit vielen Jahren von der Staatsregierung benachteiligt wird. Ich verweise diesbezüglich auf die ungebrochene Aktualität der von Barbara Höll und Dietmar Pellmann im Frühjahr 2012 herausgegebene Broschüre „Die ungleichen sächsischen Schwestern. Ein Sozialvergleich zwischen Chemnitz, Dresden und Leipzig“.

Ohne einen Kurswechsel in der Landespolitik wird aber diese Benachteiligung Leipzigs nicht aufzuheben sein. Dieser Kurswechsel wiederum ist naturgemäß an eine andere parlamentarische Mehrheit gebunden. Der Landesvorsitzende der

LINKEN Rico Gebhardt hatte auf dem Landesparteitag in Anwesenheit des sächsischen SPD-Vorsitzenden Martin Dulig darauf hingewiesen, dass dieser politische Wechsel bei allen programmatischen Differenzen zwischen LINKEN, SPD und Grünen in Sachsen prinzipiell möglich sei. Die sächsische Staatspartei CDU hat diese Gefahrenmomente natürlich schon längst erkannt und steuert entsprechend gegen. Wer am letzten Samstag aufmerksam die LVZ gelesen hat, dem ist das Interview mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Steffen Flath aufgefallen, in dem er sich zu den Konstellationen nach der Landtagswahl am 31. August äußert. Das Interview trug die Überschrift: „Flath: Koalition mit SPD oder Grünen denkbar“.

Ich will mich jetzt aber nicht in politische Sandkastenspiele begeben. Angesichts der fehlenden Wechselstimmung im Freistaat, der politischen Konstellation in Berlin (Stichwort GroKo) und der überaus deutlichen Angebote der CDU in Richtung SPD und Grüne wird es sehr schwer, nach der Landtagswahl eine von uns natürlich angestrebte Mehrheit jenseits der CDU für den Politikwechsel zu finden. Zumal SPD und Grüne derzeit politisch schwächeln, denn die Aufstellung der Landeslisten hat in beiden Parteien zu erheblichen innerparteilichen Turbulenzen geführt, die längst noch nicht überwunden sind. Die Parallelen sind dabei frappierend und sollten gerade aus Sicht unseres Stadtverbandes aufmerksam registriert werden. In beiden Fällen wurde nämlich nicht nur der Spitzenkandidat bzw. die Spitzenkandidatin prozentmäßig

abgestraft, sondern auch der Stadtverband Leipzig weit jenseits seiner politischen Bedeutung und zahlenmäßigen Stärke behandelt. Die Leipziger LINKE und ihre 28 Vertreterinnen und Vertreter werden im Vorfeld und dann auf der Landesvertreterversammlung selbst, die bekanntlich am 5./6. April in Leipzig stattfindet, sicher alles tun, dass uns dieses Schicksal erspart bleibt. Wichtigste Voraussetzung dafür ist jenseits aller partikularen Interessen Einzelner das möglichst geschlossene Auftreten unserer Delegation.

Damit möchte ich Drittens nun unmittelbar zu den Aufgaben überleiten, vor denen der Stadtverband sowohl in nächster Zeit als auch insgesamt im Verlauf der nächsten Wahlperiode steht. Das nächste halbe Jahr wird natürlich vor allem von den bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen am 25. Mai und den Landtagswahlen am 31. August geprägt. Auf den 25. Mai sind wir m.E. sowohl programmatisch als auch personell sehr gut vorbereitet. Ich wage sogar die Behauptung, dass wir in der Summe beider Aspekte zwei Monate vor der Wahlentscheidung noch nie über eine so gute Ausgangsposition verfügten wie 2014. Das soll uns natürlich nicht zu Übermut oder gar Größenwahn verleiten, zumal die politische Großwetterlage nicht so günstig ist wie 2004 (Stichwort Hartz IV-Proteste) oder 2009 (Stichwort Schwung durch Parteineubildung). Trotzdem können wir mit Selbstbewusstsein und Optimismus in die nächsten neun Wochen Wahlkampf geben. Der Wahlstab arbeitet intensiv, das neue gegründete Format Wahlplenum hat seine Jungfernsitzung ebenfalls erfolgreich

absolviert; in den Wahlkreisen und Stadtverbänden bemüht man sich sehr, um den notwendigen Vorbereitungsstand zu erreichen. Der Wahlkampfhöhepunkt mit Sahra Wagenknecht am 7. Mai steht.

Natürlich dürfen wir angesichts der Bewältigung der logistischen und organisatorischen Herausforderungen die lokalen Rahmenbedingungen für unseren Kommunalwahlkampf nicht aus den Augen verlieren. Diese haben wir bekanntlich schon im Dezember mit dem Strategiepapier „Leipzig FAIRändern“ skizziert. Aus gegebenem Anlass wird bereits am Anfang dieses Textes auf die zunehmende soziale Spaltung der Stadtgesellschaft und die damit verbundene Spaltung des Wahlverhaltens eingegangen. Im Vergleich der von der BertelsmannStiftung untersuchten 28 bundesdeutschen Großstädte liegt Leipzig diesbezüglich an der Spitze. In den Leipziger Stadtteilen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung finden sich dreimal so viel schwächere Haushalte, doppelt so viele Menschen ohne Schulabschluss und mehr als dreimal so viele Arbeitslose wie in den Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung.

Der überproportionale Anteil von Nichtwählerinnen und Nichtwählern aus nicht-privilegierten Schichten ist für die Leipziger LINKE eine besondere Herausforderung. Allen anderen Parteien ist egal, dass die sozial unterschiedliche Wahlbeteiligung die Schieflage in der politischen Repräsentanz weiter verschärft. Eine niedrige Wahlbeteiligung führt eben auch zu mehr sozialer Ungerechtigkeit. Das große, möglicherweise sogar noch weiter

anwachsende Klientel der Nichtwählerinnen und Nichtwähler (bei den Kommunalwahlen ist es mit hoher Wahrscheinlichkeit die Mehrheit!) können wir allerdings kaum noch durch Plakate und Materialien, sondern nur (noch) durch persönliche Ansprache erreichen.

Mit Blick auf dieses Problem möchte ich noch auf einen anderen Aspekt des besagten Strategiepapiers, das ich für sehr wichtig halte, in gebotener Kürze eingehen. Die seit mehreren Jahren wirkende Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch in Leipzig im Denken bestimmter Teile der Bevölkerung ihre Spuren hinterlassen. Anwachsende Ängste vor dem sozialen Abstieg werden gerade beim Umgang mit dem Flüchtlingsthema (Stichwort Asylbewerber oder Moschee in Gohlis) deutlich. Rechtspopulistische Parteien wie die AfD haben Auftrieb und auch die NPD versucht naturgemäß rassistische Ressentiments zu schüren und mit Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus auf Stimmenfang zu gehen. Es ist kein Zufall, dass die Neonazis insgesamt 21 Stadtratskandidatinnen und -kandidaten aufgestellt haben, denn sie wissen, dass ihre Mobilisierungschancen beim Thema Migration und Flüchtlinge so gut wie bei keinem anderen sind. Und natürlich möchte die NPD mit dem Kommunalwahlkampf schon Schwung holen für die Landtagswahlen.

Für die Leipziger LINKE ist der Kampf für Toleranz und Mitmenschlichkeit, gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit eine Selbstverständlichkeit. Wir

haben durchaus mit Absicht den Abschnitt 4.2. unseres Kommunalwahlprogramms unter das Motto „Willkommenskultur leben“ gestellt. Gemeinsam mit allen geeigneten Bündnispartnern treten wir der rechtsextremen NPD sowie der AfD und allen anderen rechtspopulistischen offensiv entgegen. Wir werden ihnen zeigen, dass sie nirgends ungestört rassistische Hetze verbreiten können. Wir wollen eine menschliche Flüchtlingspolitik – in den Kommunen ebenso wie im Freistaat, in Sachsen ebenso wie in ganz Europa. Ich bin sehr froh, dass wir am 1. März aus den neun Plakatmotiven gerade auch den Slogan „JA zur Hilfe für Flüchtlinge“ ausgewählt haben. Es wird uns sicher einige Wählerinnen und Wähler kosten, das Risiko müssen wir aber eingehen, denn DIE LINKE steht für die Zurückdrängung von Rassismus, Diskriminierung und Gewalt! DIE LINKE steht für die gesellschaftliche Ächtung der Organisationen der Neonazis! Schluss mit der rassistischen Hetze! Auch aus diesem Grund werden wir auch geschlossen Margitta bei ihrem bizarren Prozess am 29. April unterstützen.

Mit unserer konsequent humanitären Position in der Flüchtlingsfrage werden wir nach meiner festen Überzeugung Achtung und Unterstützung aus Milieus gewinnen, die wir bislang vielleicht etwas unterschätzt haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, was wir auf alle Fälle nicht mehr unterschätzen ist die politische Arbeit mit neuen deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, die als Spätaussiedler – ehemalige Angehörige der deutschen

nationalen Minderheit der UdSSR und deren Nachfolgestaaten – und als Kontingentflüchtlinge, „Amtsdeutsch“ für Jüdinnen und Juden – ehemalige Angehörige der jüdischen nationalen Minderheit der UdSSR und deren Nachfolgestaaten – nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu uns gekommen sind und hier ihre neue Heimat gefunden haben.

Am 1. März haben wir in dieser Sache – quasi als anschaulichen Beweis unseres Wunsches der Zusammenarbeit mit diesen beiden Bevölkerungsgruppen – eine personelle Botschaft an die Leipziger Stadtgesellschaft vermittelt: Fünf Bürgerinnen und Bürger aus dem Deutsch-Russischen Zentrum Sachsen haben ihre Bereitschaft erklärt, auf den Listen der Partei DIE LINKE als unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Leipziger Kommunalwahl anzutreten. Zu einem dieser Kandidaten möchte ich ein paar persönliche Worte sagen: Unter uns ist heute Iossif Jolych, Vorsitzender des Jüdischen Forums beim Deutsch-Russischen Zentrum. Anlass – nicht Ursache – von Iossifs Bereitschaft für uns zu kandidieren, war der zweite Besuch Petra Paus, als stellvertretende Präsidentin des Deutschen Bundestages beim Deutsch-Russischen Zentrum Sachsen vor vier Wochen. Bärbel Höll, Rico Gebhardt, Heiko Rosenthal und ich waren dabei. Es war bewegend und voller Impulse für künftige Kooperation.

Ich selbst arbeite mit meinem Genossen Iossif seit vielen Jahren eng zusammen, vor allem auch im Projekt „Arbeitsgemeinschaft Renaissance Judentum in

Sachsen“, dass vom DRZ initiiert worden ist. Weil Iossif sich am 1. März nicht persönlich vorstellen konnte, freue ich mich sehr, dass er heute, am Vorabend seines 75. Geburtstages, den er morgen begeht, bei uns ist und auch zu uns sprechen wird. Lieber Iossif, herzlich willkommen auf unserem Stadtparteitag! Vielen Dank an Deine Frau, dass sie dich heute von den Geburtstagsvorbereitungen befristet freigestellt hat.

Ich begrüße ebenso herzlich Waldemar Schmidt, Spätaussiedler und ebenso wie Iossif Mitglied der Leitung des Deutsch-Russischen Zentrums. Waldemar Schmidt ist Funktionär der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Die Landsmannschaft gehört zum Bund der Vertriebenen. Eine Zusammenarbeit von Bund der Vertriebenen und unserem Stadtverband dürfte deutschlandweit Neuland sein. So sah das auch Petra Pau bei ihrem Besuch. Iossif und Waldemar gehören zu einer Arbeitsgruppe des Vorstandsvorsitzenden des Deutsch-Russischen Zentrums, die sich ausgehend von der Maxime des DRZ „Integration durch Identifikation“ mit „Demografie und Integration“ befasst. Informationen zu dieser Arbeit haben bei den Delegierten des Landesparteitages vor einer Woche eine bemerkenswerte Resonanz erreicht: Neue Ideen aus Leipzig zum Politikfeld Integration und Bevölkerungsentwicklung – das ist auch eine Bilanz der gemeinsamen Arbeit von DRZ und der Leipziger LINKEN, wie beim Landesparteitag hervorgehoben wurde.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich kann naturgemäß nicht auf alle wichtigen kommunalpolitischen Themen eingehen, die für uns in den nächsten Wochen im Wahlkampf eine Rolle spielen werden, zumal wir vieles nicht selbst bestimmen werden. Oft werden Themen von außen gesetzt, die wir gerade in Wahlkämpfen nicht ignorieren dürfen, wie z.B. gestern, als die Zahl der Straftaten für 2013 mitgeteilt wurden. Leipzig ist wieder beim höchsten Stand seit 2003 und ist damit die Kriminalitätshochburg in Sachsen. Insbesondere die Rauschgiftkriminalität bewegt sich weiter auf hohem Niveau mit teilweise bedrückenden Folgewirkungen. Ich weiß nicht, wie es Euch gegangen ist, mich hat der Beitrag auf der Titelseite der LVZ vom Donnerstag sehr erschreckt: die Geburtenstationen der Leipziger Kliniken schlagen Alarm, weil sie sich zunehmend um Neugeborene kümmern müssen, deren Mütter drogenkrank sind, darunter viele, die Crystal nehmen. Die Chefärztin der Neonatologie im St. Georg schätzt die aktuelle Entwicklung als „besorgniserregend“ ein. Und wir wissen ja durch unsere Kandidatin für die Stadtratswahlen, Genossin Odette Gleininger, die auf dieser Station als Kinderkrankenschwester arbeitet, aus erster Hand, wie schwierig für diese Babys der Start ins Leben mit kaltem Entzug ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

entscheidend für den Wahlerfolg am 25. Mai wird zweifellos sein, ob wir nah genug am Puls der Leipzigerinnen und Leipziger und ihrer vielfältigen Probleme

sind. Hier wiederum ist es wichtig, dass die Leipziger LINKE besonders eng mit den verschiedenen sozialen Protest- und Widerstandsaktionen verbunden ist, die derzeit in unserer Stadt stattfinden. Anknüpfend an unsere massive Unterstützung des Streiks bei amazon - bekanntlich war kurz vor Weihnachten auch Gregor Gysi deswegen in Leipzig - bekennen wir uns selbstverständlich zu den derzeitigen Warnstreiks von ver.di beiden Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst. Die geforderten Lohnerhöhungen von pauschal 100 Euro plus 3,5 Prozent sind absolut berechtigt. Unsere volle Solidarität ist den Streikenden sicher, denn davon profitieren vor allem die Geringverdiener. Es ist Zeit, zu erkennen, dass es nicht die Banken sind, die systemrelevant sind, sondern die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst.

Aber nicht nur bei den Erzieherinnen und Erziehern in den Kitas brodelt es. Auch an der Leipziger Uni herrscht Alarmstimmung, denn durch die rigide Sparpolitik der schwarz-gelben Staatsregierung besteht die reale Gefahr, dass die Alma mater lipsiensis nach 600 Jahren ihren Charakter als klassische Volluniversität verliert. Ich habe der zuständigen Ministerin vor einigen Tagen im Landtag in meiner Erwiderung auf ihre Regierungserklärung einen besonders originellen Protestslogan der Studierenden entgegengehalten: „Ohne Bildung und Kultur wird Sachsen zum Unland.“ Nachdem DIE LINKE im Landtag dazu eine Aktuelle Debatte initiierte, wächst auch der Widerstand an der Uni selbst. Inzwischen hat sich ein „Arbeitskreis gegen Kürzungen“ gebildet, an dem

Genossinnen und Genossen von uns aktiv mitwirken. Ich freue mich sehr, dass heute dazu zwei entsprechende Initiativanträge vorliegen. Die Leipziger LINKE steht fest an der Seite der Studierenden und aller Beschäftigten der Uni Leipzig; wir solidarisieren uns mit den von Schließung betroffenen Einrichtungen und schließen uns dem Protest gegen die Kürzungen im Bildungsbereich an!

Ich kann aus Zeitgründen nur noch stichwortartig auf andere Themenfelder eingehen, die wir nicht aus dem Auge lassen sollten, weil sie viele Menschen bewegen: dem größten Gewerbesteuerzahler Leipzigs, dem umsatzstärksten ostdeutschen Unternehmen, der Verbundnetz Gas AG, droht durch Übernahme der Aktienmehrheit seitens des Oldenburger Energieversorgers EWE die Zerschlagung. Wer die Wirtschaftsseite der LVZ am Donnerstag aufmerksam gelesen hat, weiß, dass ich im Landtag sofort mit mehreren parlamentarischen Initiativen reagiert habe. Auch Reiner Engelmann hat gestern mit einer Pressemitteilung reagiert.

Eine ganz große Gefahr – die heute zwingend erwähnt werden muss – ist der Ende April vor einem der höchsten englischen Gerichte in London beginnende Prozess um die verlustreichen Finanzspekulationen der Wasserwerke, für die kürzlich am Landgericht Dresden der ehemalige Manager Klaus Heininger zu mehr als sieben Jahren Haft verurteilt wurde. Die Schweizer Großbank UBS fordert nun von der Stadt Leipzig nun mehr als 300 Millionen Euro

Schadenersatz. Wenn wir diesen Prozess verlieren, ist nicht nur das vorgestern von Burkhard Jung vorgestellte und sehr ambitionierte „Arbeitsprogramm 2020“ Makulatur. Für die Sächsische Zeitung ist Leipzig damit eine „Stadt vor dem Abgrund“.

Zum Wahlkampf will ich aus gegebenem Anlass noch eine weitere Bemerkung machen. Zu den Rahmenbedingungen zählen ja nicht nur demografische, soziale und wirtschaftliche sondern auch geistig-kulturelle Faktoren. Dieses Jahr hält bekanntlich diverse historische Gedenktage bereit, darunter den bevorstehenden 100. Jahrestag des Ausbruchs des I. Weltkrieges und der bereits jetzt massiv vorbereitete 1000. Jahrestag der urkundlichen Ersterwähnung von Leipzig im Jahr 2015 sowie selbstverständlich der 25. Jahrestag des revolutionären Herbstes 1989, mehr bekannt als Wende, die von Uwe Steimle wiederum liebevoll als „Kehre“ bezeichnet wird. Das Thema Herbst 1989 wird ja gern gegen uns gespielt, weil wir vermeintlich noch immer die alte SED seien. Ich freue mich sehr, dass wir mit dem Thema Freiheits- und Einheitsdenkmal diesbezüglich in die Offensive kommen werden bzw. eigentlich schon sind. Die Leipziger LINKE begrüßte schon vor Wochen ausdrücklich den Offenen Brief der Bürgerinitiative Einheits- und Freiheitsdenkmal, in dem die politisch Verantwortlichen aufgefordert wurden, das „unwürdige Wettbewerbsverfahren“ zu beenden, um „den Weg neu (zu) eröffnen für ein Denkmal, das seinen eigentlichen Zweck erfüllen kann“. Angesichts dieser berechtigten Forderung,

die einen wachsenden Unmut in der Leipziger Bevölkerung zum bisherigen Verfahren exemplarisch widerspiegelt, erneuern wir unsere Auffassung, dass nur durch einen Bürgerentscheid zum Denkmal der demokratische Geist von 1989 lebendig erhalten werden kann. Jede andere Art der Willensbildung würde dem geplanten Denkmal selbst Hohn sprechen. Leider hatte der Stadtrat im Dezember 2012 nicht den Mut zu einem Bürgerentscheid, als nahezu alle anderen Fraktionen einen entsprechenden Antrag der Linksfraktion ablehnten. Wir halten diese Forderung weiterhin für politisch sinnvoll und zugleich hoch aktuell; unsere Stadtratsfraktion hat diesen Antrag deshalb erneut in den Stadtrat eingebracht. Um den Druck auch außerparlamentarisch zu verstärken, liegt heute entsprechend der Forderung in unserem Kommunalwahlprogramm auf Seite 36, ein Antrag vor, das Bürgerbegehren entsprechend § 25 der Sächsischen Gemeindeordnung durchzuführen. Das begrüße ich ausdrücklich. Wer den Herbst 1989 verstanden hat, muss die Stadtbevölkerung ein Vierteljahrhundert danach über das Denkmal abstimmen lassen.

Nach diesen Ausführungen zu den Kommunalwahlen möchte ich einige Bemerkungen zur innerparteilichen Entwicklung im Stadtverband und zu den Aufgaben machen, die uns ab Herbst stärker beschäftigen sollten. Ihr habt ja sicher alle aufmerksam den Rechenschaftsbericht gelesen, der diesbezüglich diverse Aspekte aufführt. Bevor ich aber darauf etwas näher eingehe, möchte ich mich bereits jetzt - auch wenn der TOP Entlastung des Stadtvorstandes nachher

natürlich noch kommt - ganz herzlich bei denjenigen Stadtvorstandsmitgliedern bedanken, die in den letzten beiden Jahren engagiert mitgearbeitet haben und nunmehr ausscheiden. Da sind zunächst meine beiden Stellvertreterinnen; zum einen Ilse Lauter, die leider heute aus familiären Gründen nicht da sein kann und zum anderen Franzi Riekewald. In alphabetischer Reihenfolge sind darüber hinaus zu nennen: Alexander Fichtner, Karin Gründel, Steffen Juhran und Julius Späte. Ihnen allen gilt schon an dieser Stelle mein ausdrücklicher Dank für die geleistete Arbeit.

Der heute zu wählende Stadtvorstand steht vor neuen Herausforderungen. Wenn im September der Pulverdampf der Wahlkämpfe verzogen ist, muss sich die Leipziger LINKE auch jenseits der Wahlen als Stadtverband einer aktiven Mitgliederpartei profilieren. Die LINKE ist nicht wie andere Parteien ein Wahlverein, sondern ihr geht um die alltägliche Veränderung der Kräfteverhältnisse der Gesellschaft. Unsere Mitglieder sind deshalb an vielen Orten aktiv und arbeiten daran, diese Gegenkräfte zu bilden: in Betrieben und Gewerkschaften, in Bewegungen und Vereinen. Erst wo es Bewegung, Gegenwehr und Druck von außen gibt, steigen auch unsere Gestaltungsmöglichkeiten in den Parlamenten. Hier ist auch immer kluge Bündnispolitik gefragt. Wir sollten uns ab Herbst Zeit nehmen, zu analysieren, wo wir bezüglich dieses Faktors, aber auch vieler anderer Faktoren stehen; welche Stärken und Schwächen hat der Stadtverband, wo muss ggf. Neuland

betreten werden, wo kann auf positive Erfahrungen von anderen zurückgegriffen werden. Als Anleitung zur Analyse und der Erarbeitung von entsprechenden Handlungsfeldern sollten wir uns das von Katja Kipping und Bernd Riexinger im November 2013 vorgelegte Grundsatzpapier „Verankern, verbreiten, verbinden“ genauer anschauen. Im Untertitel lautet es „Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE“. 12 konkrete Aktivitäten und Arbeitsvorhaben werden von unseren beiden Parteivorsitzenden für die Bundespartei vorgeschlagen. Sicher muss auch der mitgliederstärkste Stadtverband der LINKEN nicht die gesamte Bandbreite dieses Aufgabenspektrums abarbeiten. Einige der 12 Punkte, die mir wichtig für Leipzig erscheinen, will ich aber zumindest kurz nennen: unter 4. fordern Kipping und Riexinger, dass die Partei ihre Beteiligung an und die Verankerung in sozialen und politischen Bewegungen ausbauen will. Dabei soll an die erfolgreichen Erfahrungen bei Blockupy und Umfairteilen angeknüpft werden. Der Punkt 5. ist auf Konzepte und Vorschläge ausgerichtet, wie Kreis- und Ortsverbände der Partei die Zusammenarbeit mit den örtlichen Gewerkschaftsgliederungen schaffen und verbessern können. Unter 6. geht es um die Nachwuchsförderung. Dabei geht es um die gezielte Vermittlung von theoretischer und praktischer Qualifizierung von jüngeren Mitgliedern im Alter von 25-40 Jahren. Punkt 10 formuliert, dass sich DIE LINKE um einen regen Austausch mit Intellektuellen bemüht. „Trotz Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung“ stellen Kipping und Riexinger zu Recht fest, „wirkt die Partei oft

seltsam losgelöst von intellektuellen Auseinandersetzungen“. Daran anknüpfend regen sie an: „Wir wollen gemeinsam neue Formate für Veranstaltungen entwickeln, dies ich jenseits des politischen Jargons und reiner Wissensvermittlung bewegen.“ Unter 11. Europa wird eine Idee angeregt, die ich für eine sehr spannende Herausforderung halte: „In den Großstädten wollen wir beginnen, Gruppen der Europäischen Linken zu gründen, die gemeinsame Diskussionen über Sprachbarrieren hinweg ermöglichen (,Geschäftssprache‘ wäre wahrscheinlich englisch).“

Mit dieser anspruchsvollen Herausforderung will ich den Blick auf das Kipping/Riexinger-Papier abschließen. Zu den Aufgaben die darüber hinaus ab Herbst in Angriff genommen werden könnte, zählt die weitere inhaltliche Arbeit an unserem Visionspapier „In dieser Stadt wollen wir leben“. Die entsprechende Anregung von Lothar Tippach auf dem Stadtparteitag am 1. Februar, diesen Text zu einem linken Leitbild für Leipzig weiterzuentwickeln, halte ich weiterhin für zutreffend und richtig. Zumal Burkhard Jung jetzt im Rahmen seines „Arbeitsprogramms 2020“ auch ein sogenanntes Zukunftsbild Leipzig 2030 vorlegt hat. Dieser Text ist m.E, zwar weniger eine Vision, sondern mehr eine ziemlich realitätsferne Utopie, aber eine inhaltliche Herausforderung ist er für uns trotzdem.

Damit möchte ich zum Schluss kommen. Vor uns stehen viele
Bewährungsproben und Herausforderungen, die ich nicht alle skizzieren konnte.
Manches wird uns sicher auch noch überraschen. Gemeinsam werden wir aber
das alles bewältigen können. Fangen wir heute schon mit einem erfolgreichem
Stadtparteitag an.